

# **Vertrauen in Institutionen**

## **Großbritannien und Deutschland im “International Values Survey” von 1981-1983**

*Herbert Döring*

### **Einleitung**

Im “International Values Survey” von 1981-1983 wurden den repräsentativ befragten Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Ländern der EG unter anderem eine Frage nach ihrem “hohen” oder “niedrigen” Vertrauen in zehn wichtige nationale Institutionen vorgelegt.<sup>1</sup> Natürlich vermag eine solche quantitative Surveyfrage selbst dann, wenn man sie im Zusammenhang mit zahlreichen anderen in jener wissenschaftlichen Meinungsumfrage ebenfalls noch enthaltenen Indikatoren analysiert, nur wenige Aspekte eines so vielschichtigen qualitativen Phänomens wie Vertrauen in Institutionen zu erfassen.

Doch bietet der archivierte Datensatz dieses (im übrigen nicht mit den bekannten Eurobarometern zu verwechselnden) Surveys, der inzwischen jedermann für Neuauswertungen zur Verfügung steht, für das Oberthema unserer Tagung (“Deutschland, Großbritannien, Europa”) eine interessante Chance. In einer Sekundäranalyse soll gefragt werden: Fügen sich Großbritannien und Deutschland, die beiden uns heute in einem besonderem Maße interessierenden Länder, in ein gemeinsames europäisches Muster ein? Oder besitzen sie im Hinblick auf Vertrauen in Institutionen, -jedenfalls soweit es aus diesen Surveydaten erkennbar wird -, ein eigenes, deutlich vom übrigen Westeuropa abgehobenes Profil?

In einem in der Zeitschrift für Soziologie vom April 1990 veröffentlichten Aufsatz (Döring 1990) hatte ich anhand dieser “Vertrauens-Frage” niedriges Vertrauen in etablierte Institutionen, das insbesondere Personen mit höherer Bildung zeigen,

als rationale demokratische Skepsis verstanden. (Vgl. auch das prägnante Referat der Analysen durch Degen 1990 im "Deutschen Forschungsdienst".) Ich möchte meine damaligen Analysen, die nach länderübergreifenden Gleichförmigkeiten des modernen Demokratieverständnisses suchten, heute länderspezifisch weiter differenzieren. Methodisch ist dies nur dann möglich, wenn ich meine früheren bivariaten Analysen, die damals nur um kreuztabellarische Drittvariablenkontrollen (die elementarste Form der multivariaten Prüfung) ergänzt worden waren, nunmehr auch um etwas anspruchsvollere multivariate Analyseverfahren ergänze.

Alle Analysen werden getrennt für jedes einzelne Land durchgeführt. Vergleiche zwischen Nationen werden hier prinzipiell nur auf der Basis nationaler Individualdaten-Analysen gezogen. Analysen, die mit den individuell recodeten Daten aller Befragten eines jeden einzelnen Landes arbeiten, sind allerdings notgedrungen weniger anschaulich als griffige nationale Mittelwerte oder pro Nation berechnete Prozentsätze "sehr hohen" Vertrauens in einzelne Institutionen. Aber der Vorzug sozialwissenschaftlicher Forschung liegt nicht in einem deskriptiven Bericht "des" Vertrauens in Institutionen, sondern in der (theoriegeleiteten) Aufdeckung verborgener Zusammenhänge zwischen ausgewählten Variablen innerhalb von Nationen. Wir werden sehen, daß dabei auch bedeutsame Unterschiede zwischen den Nationen aufgedeckt werden.

Der inzwischen verfügbar gewordene erweiterte Datensatz enthält mehr Länder (darunter auch außerhalb Westeuropas) als der früher zugängliche. Für Europa sind gegenüber dem älteren Teildatensatz Finnland, Norwegen und Schweden hinzugekommen. Da aber im finnischen (Teil-)Datensatz die für unser theoretisches Argument wichtige Angabe des Alters der Befragten fehlt, muß Finnland hier ausgeklammert bleiben. Im Prinzip ließe sich mit diesem Datensatz die weitergehende Frage prüfen, ob andere Länder des anglo-amerikanischen Kulturkreises - nämlich Australien, Kanada und die USA - die gleiche Grundeinstellung wie die Befragten in Großbritannien zeigen. Die Prüfung einer solchen Frage würde allerdings einen auf Westeuropa begrenzten Beitrag ungebührlich lang werden lassen und muß daher hier unterbleiben.

## I. Theoretische Annahmen zu Vertrauen und Mißtrauen in Institutionen

Vor allem Jugendliche und Befragte, die sich als "links" einstufen, pflegen in Interviews immer wieder ein nur geringes Vertrauen in etablierte Institutionen zu äußern (Lipset/Schneider 1987: 122 ff.; Harding et al. 1986: 95 f.; Stoetzel 1983: 252). Dieser durch nationale wie international vergleichende Umfragen öfters bestätigte Befund wird gemeinhin als eine "große innere Distanz gegenüber dem politischen Gemeinwesen" (Veen 1986: 112) interpretiert. Doch hinter dem auf den ersten Blick für viele schockierend niedrigen Ausmaß von Vertrauen jugendlicher Gebildeter mit "linker" Selbsteinstufung könnte durchaus eine "ökonomisch-utilitaristische" Skepsis stehen.

Beim Rückgriff auf demokratietheoretische Gesichtspunkte, die besonders im anglo-amerikanischen Bereich von Geraint Parry (1976) im Rückgriff auf die politische Philosophie von John Locke vorgetragen worden sind, gilt die pointierte These: "There is no suggestion that men in general or politicians in particular are 'trustworthy'. Indeed, the opposite is the case. The paradox is that one entrusts government to those one distrusts (Parry 1976: 137)." Vermutlich wurde diese (demokratietheoretisch rationale) Skepsis gegenüber Institutionen von den Primärerhebern der Wertestudie mit Unverständnis abgelehnt oder verkannt, weil sie Institutionen (in einer anderen theoretischen Sicht) als national verpflichtende "sittliche Ideen" aufzufassen geneigt waren.<sup>2</sup>

Jedenfalls gibt es im gegenwärtigen Diskurs über die Rationalität politischer Institutionen fast einen "kleinen Bürgerkrieg" über die Berechtigung zweier nur schwer vereinbarer Sichtweisen. Auf der einen Seite steht eine "organologische" Auffassung. Sie weist Institutionen als Leitideen (im Sinne jener oft beschworenen "idée directrice") einen als Amtsautorität verpflichtenden, quasi religiösen Geltungsanspruch zu, der durch den Gehorsam gegenüber Ritualen gefestigt wird. Auf der anderen Seite steht eine individualistisch-utilitaristische Sicht, die Institutionen als notwendiges Übel auffaßt. Sie folgt der zitierten Maxime von John Locke, daß man Personen, denen man im Grunde mißtraut, mit starker Auftragsautorität betraut.

Die ökonomisch-utilitaristische Institutionentheorie leitet Akzeptanz aus zweckrationalen Kalkulationen individualistischer Akteure ab. Nutzen kalkulierende

Individuen beurteilen Institutionen nach ihrem instrumentellen Zweck. Diese Sicht wird von den meisten Institutionentheoretikern als ärgerlich und anstößig zurückgewiesen. So wird Heiner Flohrs ökonomisch-individualistischer Ansatz von Thomas Saretzki als "verfehlt" bezeichnet, weil er "instrumentalistisch" und "ökonomistisch" geprägt sei und die Frage nach einer "sinnstiftenden 'Leitidee'" vernachlässige (Saretzki 1990: 96 f). Sollte dieser Gegensatz zwischen den Theoretikern nicht auch in den Köpfen und Herzen der breiten Bevölkerung, wenn auch in weniger artikulierter Form, existieren?

Ausgehend von dieser Vermutung hatte ich in der Zeitschrift für Soziologie zwei extreme Sichtweisen von Institutionen, für die ich in den Daten eine tendentielle Bestätigung erhoffte, einander hypothetisch gegenübergestellt. Auf der einen Seite existiert, so ist zu vermuten, ein im Ritual verankertes religiös-kirchliches Institutionenbild (in Analogie zu den Zeremonien christlicher Amtskirchen oder in seiner "säkularisierten" Form als metaphysische Vorstellung von der Institution als "sittlicher Idee"). Auf der anderen Seite kann man ein skeptisch-instrumentelles Zweckdenken annehmen, das Institutionen - auf der Basis rationalen Mißtrauens - als notwendiges Übel begreift und ihnen keinen numinosen Geltungsanspruch einräumt.

Zur Begründung dieser beiden Grundhaltungen war ich theoriegeschichtlich auf die Gegenüberstellung von Vertragstheorie (John Locke) und Gottesgnadentum (Robert Filmer) in der "Wende" der Glorreichen Revolution von 1688 zurückgegangen.<sup>3</sup> Höhere Bildung hat vermutlich über Säkularisierung zum Abbau "politischer Theologie" (Carl Schmitt) beigetragen. Im okzidental Rationalisierungsprozeß wurde ein religiös geprägtes Institutionenvertrauen der älteren Legitimationstheorie des Gottesgnadentums durch wachsende Verbreitung von Bildung unterminiert. Doch nicht nur theoriegeschichtlich, sondern auch durch die systematische Institutionentheorie wird der Grundgedanke gerechtfertigt. Schon Gehlen betonte die Stabilisierung der Institutionen aus dem Ritus (Rehberg 1990: 123 ff). Auch wer Gehlen nicht zu folgen vermag, "kann im rituellen Verhalten immerhin die erste Anbahnung des Institutionellen sehen" (Flohr 1990: 30).

Als Brückenargument, das eine empirische Prüfung ermöglichen sollte, hatte ich angenommen: Befragte mit häufigem Kirchgang würden in der "Vertrauens-Frage" des "International Values Survey" anderen Institutionen in anderer Weise

überzufällig mehr Vertrauen schenken als Befragte mit höherer Bildung. Diese würden den meisten Institutionen eher negativ gegenüberstehen (mit Ausnahme freilich derjenigen unter den zehn Institutionen des Surveys, die als die Regierung kritisierende Garanten liberaler Demokratie aufgefaßt werden können: nämlich Presse, Justiz und Parlament). Wer die Idee kritischer Öffentlichkeit ernst nimmt, wird in liberalen Demokratien auch die Presse neben Parlament und Justiz (und natürlich anderen, im Survey nicht namentlich aufgeführten Institutionen) als Garant des liberal-demokratischen Verfassungsstaates ansehen.

Die von einem der Primärerheber des "International Values Survey" aufgestellte These, daß Vertrauen in die Presse im Maße ihrer Lektüre sinke (Stoetzel 1983: 66 f.), schließt von der Randverteilung zwischen 9 Nationen, welche über 12 000 Individualdaten auf nur 9 Aggregatdaten reduziert, auf das Verhalten in diesen Nationen. Dieser "ökologische Kurzschluß" muß nicht nur durch die entsprechende Individualdatenanalyse relativiert werden, sondern kann sozusagen "in flagranti" in sein Gegenteil korrigiert werden. Tatsächlich zeigt die Individualdatenanalyse nämlich das Gegenteil: in allen Nationen besitzen Zeitungsläser ein etwas höheres Vertrauen in die Presse. Wer seine Zeitung regelmäßig liest, hat (mit der Ausnahme von Belgien, Italien und Spanien) nicht nur ein (etwas) größeres Vertrauen in sie, sondern auch in die meisten übrigen der insgesamt 10 Institutionen (Döring 1990:84).

## **2. Bivariate Befunde zum Indikator "Kirchgang": Indizien eines rituellen Institutionenvertrauens**

Aufgrund der vorstehenden theoretischen Annahmen ist zu erwarten, daß im Datensatz des "International Values Survey" der kirchlich gebundene Teil der Bevölkerung ("operationalisierbar" über die Häufigkeit des Kirchgangs) ein höheres Vertrauen als Laizisten in sämtliche Institutionen - und nicht etwa nur in die Kirche - zeigt. Wie ich in der Zeitschrift für Soziologie für die 9 damals verfügbaren Länder dokumentierte, geht Häufigkeit des Kirchgangs in der Tat, wenn auch nur mäßig stark ausgeprägt, mit einem höherem Vertrauen in fast alle - nicht etwa nur die kirchennahen - Institutionen (mit Ausnahme allerdings der Gewerkschaften) einher (Döring 1990:76, Tabelle 1). (Der naheliegende Einwand, daß dieser Befund nur ein technisches Artefakt der Nennung der Kirche an erster Stelle auf einer starren Liste

von zehn Institutionen sei, kann durch die Faktorenanalysen der "Vertrauens-Frage" (unten in Abschnitt 5) entkräftet werden.<sup>4</sup>

Die Tabelle des bivariaten Zusammenhangs zwischen Häufigkeit des Kirchgangs und der Höhe des Vertrauens in jede einzelne der zehn Institutionen liegt für 9 Länder bereits im Druck vor. Daher seien hier (unter Verzicht auf ermüdende Wiederholung des Abdrucks von 90 Koeffizienten) nur verbal die Besonderheiten der beiden uns interessierenden Länder zusammengefaßt. (Die erst jetzt verfügbaren Koeffizienten für Norwegen und Schweden werden in Anm. 6 berichtet.) In bezug auf die Gewerkschaften ist bemerkenswert, daß auch ihnen gegenüber praktizierende Christen nur in vier der elf Länder, in der Bundesrepublik Deutschland und in den drei skandinavischen Ländern Dänemark, Norwegen und Schweden, ein mäßiges Mißtrauen zeigen. In Irland zeigt sich sogar ein etwas stärkeres Vertrauen. Dagegen ist in den übrigen Ländern nicht etwa ein polarisierendes Mißtrauen, sondern eine neutrale (statistisch gesprochen: fehlende oder insignifikante) Beziehung zu beobachten.

Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland liegen durchaus im Rahmen einer länderübergreifenden Gleichförmigkeit. Aber dennoch ist ein jeweils spezifisches Länderprofil erkennbar. In Großbritannien (d. h. England, Schottland und Wales - ohne Nordirland) zeigt Kirchgang einen im Vergleich zum übrigen Westeuropa nur sehr schwachen Zusammenhang mit Vertrauen in einige der zehn Institutionen. In Großbritannien, wo (mit Ausnahme Nordirlands) religiöse Konflikte bereits in früheren Jahrhunderten beigelegt wurden<sup>5</sup> und als Kristallisationspunkte gegenwärtiger Parteipolitisierung kaum noch eine Rolle spielen, ist auch in bezug auf alle übrigen nicht kirchennahen Institutionen die Anzahl insignifikanter oder schwacher Beziehungen deutlich höher als in allen übrigen Nationen - auch wenn man die skandinavischen Länder mit einbezieht.<sup>6</sup> In der Bundesrepublik Deutschland, wo wir bekanntlich im Gegensatz zu Großbritannien Konfession als besonders sichtbares 'Cleavage' besitzen (Vgl. Lijphart 1984:130, Tabelle 8.1), sind die Koeffizienten des Zusammenhangs zwischen Kirchgang und Vertrauen in die zehn Institutionen dagegen mit am höchsten von allen Ländern gleich nach Spanien, Italien und der Republik Irland.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei hier betont, daß es sich bei allen Berechnungen nicht um Streudiagramme der Randverteilungen zwischen Nationen,

sondern um Korrelationen zwischen den Individuen eines jeden Landes handelt. Würde man dagegen die Randverteilungen von Kirchgang und Institutionenvertrauen pro Land korrelieren, dann entstünde ein interessanter, der Individualdatenanalyse völlig entgegengesetzter ökologischer Fehlschluß. Denn mit der Republik Irland als "Ausreißer" würde aus den Punkten eines solchen Streudiagramms die durchaus irreführende Ansicht signalisiert werden: häufiger Kirchgang korrespondiert mit geringerem Vertrauen in Institutionen.<sup>7</sup> Tatsächlich aber ist, wie die Individualdaten-Korrelationen zeigen, das Gegenteil richtig: häufiger Kirchgang hängt mit (etwas) höherem Vertrauen in alle - nicht etwa nur die kirchennahen - Institutionen zusammen.

Was verbindet Vertrauen in Institutionen mit der Häufigkeit des Kirchgangs? Darüber kann man aus den vorliegenden Daten keinen absolut zwingenden Aufschluß gewinnen. Aber in der Art einer Konjektur ist immerhin ein Indizienbeweis möglich. So dürfte die Brücke zwischen Kirchgang und Institutionen in der rituellen Entfaltung und Darstellung bedeutungsvoller Symbole zu sehen sein. Ich hatte argumentiert, daß nicht Religiosität als solche bereits mit hohem Institutionenvertrauen zusammenhängen dürfte. Viel wahrscheinlicher sei es, daß Religiosität nur dann, wenn sie auch mit regelmäßiger Teilnahme am Ritus einer Amtskirche einhergehe - und somit die Individuen einem institutionalisierten Zeremoniell aussetze -, den Effekt eines höheren Vertrauens in Institutionen erbringen würde. Nicht so sehr das religiöse Weltbild als die Symbolik praktizierter Rituale erscheinen also ausschlaggebend.

Ein ziemlich verblüffendes Indiz einer empirischen Bestätigung in diese Richtung war die Einstellung der Befragten in der Republik Irland. Dort ließ sich das paradox erscheinende, aber logisch denkbare Phänomen einer selbst empfundenen Religiosität ohne Kirchgang und eines häufigen Kirchgangs ohne das Bewußtsein hoher Religiosität studieren. In der katholischen Nation Irland gibt es nämlich einen immerhin bei etwa einem Fünftel des gesamten Samples liegenden Anteil von Befragten, die von sich sagen, daß sie zwar häufig zur Messe gingen, aber nicht religiös seien. Bei diesen sozial angepaßten "Agnostikern", die an den kirchlichen Zeremonien teilnehmen, ohne sich für religiös zu halten, ist das Vertrauen in alle zehn Institutionen deutlich höher ausgeprägt als bei jener anderen extremen Kontrastgruppe von Befragten, die von sich meinen, eine religiöse Persönlichkeit zu sein, aber selten oder nie zur Kirche gehen.<sup>8</sup>

### 3. Bivariate Befunde zum Indikator "höhere Bildung": Spannung zwischen "Ordnungsmacht" und "Civil Society"

Aufgrund der in Abschnitt I skizzierten theoretischen Annahmen ist zu erwarten, daß höhere Bildung mit stärkerem Mißtrauen in die meisten der zehn Institutionen einhergeht. Ferner ist zu erwarten, daß Personen mit höherer Bildung - gegenläufig zu diesem vertrauensmindernden Trend - denjenigen Institutionen, die der Abwahl, Kritik und Bestrafung einer Regierung bei Amtsmißbrauch dienen, ein eher höheres Vertrauen als Befragte mit nur elementarer Schulbildung entgegenbringen. Als solche liberal -demokratischen Institutionen der Kritik und Kontrolle finden sich unter den zehn Institutionen der "Vertrauens-Frage" das "Legal System" <sup>9</sup>, die Presse und das Parlament. Diese drei Institutionen können mit etwas Mut zur Konjektur auch als Indikatoren des demokratischen Rechtsstaats aufgefaßt werden.

In der Zeitschrift für Soziologie hatte ich den Zusammenhang zwischen höherer Bildung ("operationalisiert" über die Zahl der Ausbildungsjahre)<sup>10</sup> und dem Grad des Vertrauens in jede einzelne der zehn Institutionen nicht für alle Befragten berechnet, sondern gezielt nur für eine besonders institutionenkritische Gruppe: die Bevölkerung unter 30 Jahren (Döring 1990:82, Anmerkung 10). Dieses Verfahren entspricht einem Test am unwahrscheinlichsten Fall. Besitzen doch Jugendliche, wie die Primärerheber der Daten bereits gezeigt hatten, im allgemeinen ein nur geringes Vertrauen in Institutionen, gleichviel ob sie sich als "rechts" oder "links" einstufen (Harding et al. 1986:96). Die Analysen bestätigten die theoretischen Erwartungen natürlich nicht perfekt, aber doch in einem erstaunlich starken Ausmaß.<sup>11</sup>

Der erwartete Effekt zwischen höherer Bildung und geringerem Vertrauen in die drei Institutionen Kirche, Armee und Polizei, die stellvertretend für die etablierte Autorität - oder global formuliert: für die "Ordnungsmacht" - stehen, zeigte sich für alle Länder gleichförmig, wenn auch natürlich in unterschiedlichem Ausmaß. (Bei einigen Ländern, in denen nicht der erwartete negative Zusammenhang auftrat, bestand zumindest kein positiver, sondern nur ein insignifikanter oder gegen Null tendierender.) Positiv war im Gegensatz zu den theoretischen Erwartungen nur das größere Vertrauen der besser gebildeten Bevölkerung unter 35 in die Kirche in Großbritannien und in Schweden. Diese 2 unter 33 Koeffizienten (drei Institutionen über elf Länder hinweg) bestätigen als Ausnahme die Regel.



Der zweite Teil der Arbeitshypothese lautet: die institutionenkritischen jüngeren Jahrgänge mit höherer Bildung würden den Institutionen des demokratischen Rechtsstaats (hier: Presse, "Legal System" und Parlament) ein höheres - und nicht etwa wie den Institutionen der "Ordnungsmacht" ein niedrigeres - Vertrauen entgegenbringen. Diese Erwartung bestätigte sich nur für eine Gruppe von Ländern, nicht aber für alle Nationen. Presse, "Legal System" und Parlament werden von den Gebildeten in unserem institutionenkritischen Subsample unter 35 nur in 7 der 11 Länder mit (leicht) steigenden Vertrauen betrachtet. Großbritannien ist im übrigen das einzige Land, in dem sich der erwartete Effekt bei allen drei Institutionen in typischer Reinheit zeigt. In den meisten übrigen Ländern ergab sich der erwartete Effekt nur bei zwei der drei Institutionen.

In Zusammenfassung der in der Zeitschrift für Soziologie veröffentlichten Analysen wurden zwei Indices gebildet. "Order" faßt 3 der 10 Institutionen der "Vertrauens-Frage" (Kirche, Polizei und Armee) zu einem für jedes Individuum einzeln recodierten Index zusammen. Diese drei Institutionen von "Order" sollen für die etablierte "Ordnungsmacht" religiös untermauerter Amtsgewalt stehen. "Civil" faßt Justiz, Presse und Parlament zusammen. Man kann sich vorstellen, daß sie (daher das Etikett "Civil") stellvertretend für eine durch den demokratischen Rechtsstaat geschützte "Civil Society" stehen. Mit diesen (individuell recodierten) Indices wurden dann die in Tabelle I dokumentierten Korrelationen zwischen Bildungsgrad und Vertrauen in "Order" und "Civil" berechnet. In der Zeitschrift für Soziologie hatte ich dem Skalenniveau der "Vertrauens-Frage" angemessene Rangordnungskorrelationen berechnet. Da ich im weiteren Verlauf dieses Beitrags Analyseverfahren anwenden werde, die eigentlich intervallskalierte Daten voraussetzen, werden in Tabelle I sowohl die ordinale Korrelation tau-b als auch die metrische Korrelation Pearson's r ausgewiesen. Damit möchte ich zeigen, daß zwischen beiden nur vernachlässigswerte Unterschiede bestehen.

Erwartungsgemäß zeigt sich in Tabelle I sehr klar der gegenläufige Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Vertrauen in "Order" auf der einen Seite und in "Civil" auf der anderen Seite bei der Bevölkerung unter 35. Negativ ist der Effekt für "Order" in allen Ländern bis auf zwei. Aber selbst in diesen, in Irland und in Schweden, ergab sich nicht etwa eine positive, sondern nur eine insignifikante, gegen Null tendierende Beziehung. Der erwartete positive Effekt von Bildung auf "Civil" ist (ebenso wie in der früher bereits veröffentlichten Tabelle) nur für 7 (oder

Tabelle 1

## Zusammenhang zwischen höherer Bildung und Höhe des Vertrauens

Sub-Sample aller Befragten unter 35 Jahre

ORDER=Index aus "Church, Army, Police". "CIVIL"=Index aus "Press, Legal System, Parliament"

Koeffizienten multipliziert mit 100

| Länder | B   | D   | DK  | E   | F    | GB  | I   | IRL  | N    | NL  | S    |
|--------|-----|-----|-----|-----|------|-----|-----|------|------|-----|------|
| tau-b  | - 8 | -19 | - 9 | - 9 | -16  | - 7 | -12 | n.s. | - 5* | -12 | n.s. |
| ORDER  |     |     |     |     |      |     |     |      |      |     |      |
| r      | -10 | -22 | -10 | -11 | -20  | - 9 | -16 | n.s. | n.s. | -15 | n.s. |
| -----  |     |     |     |     |      |     |     |      |      |     |      |
| tau-b  | 3*  | -11 | 7   | - 4 | n.s. | 8   | - 4 | n.s. | 5*   | 11  | n.s. |
| CIVIL  |     |     |     |     |      |     |     |      |      |     |      |
| r      | 5   | -13 | 12  | - 6 | 1*   | 9   | - 6 | n.s. | 9    | 13  | 5*   |

Alle nicht besonders gekennzeichneten Korrelationen signifikant bei .001

\* - signifikant bei 0.05

n.s. - nicht signifikant

genauer gesagt: 6) der 11 Länder sichtbar. Denn Frankreich weist eine im Grunde vernachlässigenswerte, nur mäßig signifikante positive Beziehung auf.

Wie lassen sich die Unterschiede zwischen den zwei Gruppen von Ländern, die hier sichtbar geworden sind, erklären? In 4 Ländern fehlt der erwartete positive Effekt zwischen Bildungsgrad und größerem Vertrauen in die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats gänzlich. (In der Bundesrepublik Deutschland, in Italien und in Spanien ist der Effekt negativ. Die Republik Irland muß mit ihren insignifikanten Koeffizienten ebenfalls dieser Ländergruppe zugeordnet werden.) In einer Konjekture, die allerdings aus den Daten selbst nicht mehr zwingend begründet werden kann, bietet es sich an, nach einem gemeinsamen Nenner, einem verborgenen Faktor, zu suchen. Haben Deutschland, Irland, Italien und Spanien etwas gemein, was nur auf diese vier Länder, nicht aber auf die übrigen 7 der 11 zutrifft? In einem Vorschlag zur Interpretation bietet sich ein in der international vergleichenden Sozialforschung früher bereits geäußerter Gedanke an: bei all diesen Ländern handelt es sich um "verspätete Demokratien".<sup>12</sup>

In ihnen wurde ein eigener Staat entweder erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gegründet (wie in der 1922 von Großbritannien sezessionierten Republik Irland). Oder aber die Entwicklung zum liberal-demokratischen Verfassungsstaat wurde unterbrochen durch faschistische (Deutschland, Italien) oder autoritäre (Franco-Spanien) Diktaturen. Höher - Gebildete in der besonders institutionenkritischen Bevölkerung unter 35 Jahren bringen nur in den traditionsreichen demokratischen Systemen, die über eine lange, ungebrochene Verfassungsentwicklung verfügen, der Justiz, der Presse und dem Parlament ein mit Bildungsgrad steigendes Vertrauen entgegen. Freilich sind, was die Stärke der entsprechenden Koeffizienten betrifft, diese hier aufgedeckten Zusammenhänge nur recht schwach bis mäßig stark ausgeprägt. Das ist aber kein Argument gegen ihre Existenz, die theoretisch vermutet und hier empirisch nachgewiesen wurde. Denn solche strukturalistischen sozialwissenschaftlichen Analysen können ohnehin immer nur einen kleinen Teil der komplexen und ambivalenten Realität erfassen.

Natürlich kann aus der unterschiedlichen Geschichte der beiden Gruppen von Ländern - also aus (in den querschnittlichen Daten selbst nicht enthaltenen) längsschnittlichen Merkmalen der Länder - nicht empirisch zwingend auf 1981-1983 aufgetretene Einstellungsunterschiede zwischen den Individuen in diesen beiden

Ländergruppen in einer international vergleichenden Meinungsumfrage geschlossen werden. Aber die hier vorgetragene Konjektur wird auch in den in den auf individuell vercodeten Daten beruhenden Faktorenanalysen des übernächsten Abschnitts eine weitere empirische Stütze finden. Zunächst aber soll noch ein naheliegender Einwand gegen den Zusammenhang zwischen höherer Bildung und stärkerem Vertrauen in die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats unter der Jugend der "alteingesessenen" Demokratien diskutiert und empirisch geprüft werden.

#### **4. Vertrauen in das "Legal System" - Multivariater Testfall des Indikators "höhere Bildung"**

Ist Bildung wirklich eine zentrale Variable? Ist sie für das höhere Vertrauen gerade institutionenkritischer Bevölkerungsgruppen in die institutionellen Garanten liberaler Demokratie verantwortlich? Unsere theoretischen Erwartungen schreiben ihr eine sehr wichtige, fast kausale, Wirkung auf Vertrauen in die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats zu. Behält sie diese Wirkung, die wir bisher allein für die Bevölkerung unter 35 Jahren in den "alteingesessenen" Demokratien nachgewiesen haben, aber auch dann, wenn man für "Linke" und Personen mit nur niedrigem Nationalstolz kontrolliert? Diese beiden Variablen gehen, wie aus den Veröffentlichungen der Primärerheber bekannt ist, tendentiell mit einem niedrigen Vertrauen in Institutionen einher. Würde sich der positive Zusammenhang zwischen höherer Bildung und Vertrauen in die Institutionen der liberalen Demokratie bei jugendlichen "Linken" ohne Nationalstolz nicht verflüchtigen?

Um diesem Einwand zu begegnen, hatte ich in der Zeitschrift für Soziologie nur eine elementare Drittvariablenkontrolle durchgeführt. Der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Vertrauen in alle zehn Institutionen war schrittweise für experimentell immer stärker eingegrenzte - und Schritt für Schritt stärker institutionenkritische - Teilgruppen berechnet worden (zunächst für alle Befragten, dann für Befragte unter dreißig Jahren und mit "linker" Selbsteinstufung und sodann für die Personengruppe: Alter unter dreißig und "Links" und ohne Nationalstolz. Das Ergebnis bestätigte die theoretischen Annahmen - aber nur für ganz Europa und (noch) nicht nach Ländern getrennt - in einer recht unerwarteten Weise. Bildungsgrad hing um so stärker mit Vertrauen in das Rechtswesen, die Presse und das Parlament (aber auch die Gewerkschaften und die Verwaltung) zusammen, je institutionen-

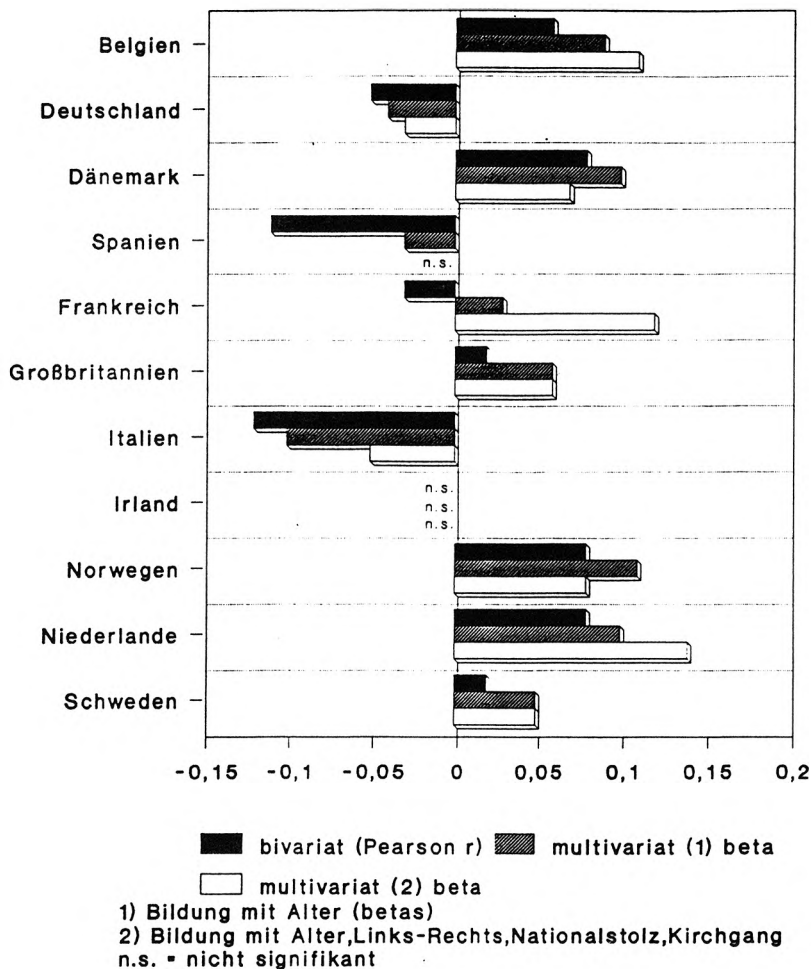
kritischer die experimentellen Subsamples waren. (Vgl. Döring 1990: 85, Anm. 13 und die grafische Darstellung S. 86).

Aber weil die Zahl der Fälle bei einer solchen Mehrvariablenanalyse, die sich nur auf Kreuzklassifikationen stützt, gewöhnlich rasch zu klein wird, um noch signifikante Aussagen zu erlauben, mußten ausnahmsweise alle neun (damals verfügbaren) nationalen Umfragen zu einem einzigen europäischen gewichteten Gesamtsample zusammengefaßt werden. Dadurch gingen die nationalen Unterschiede verloren, auf die es in dem vorliegenden Beitrag besonders ankommt. Um eine auch nach Ländern getrennte (und statistisch immer noch signifikante) multivariate Kontrolle des kausalen Effekts von höherer Bildung in Interaktion mit anderen Variablen vorlegen zu können, bietet es sich an, eine Reihe von multiplen Regressionen zu berechnen.

Als Testfall für die multivariate Prüfung wurde allerdings nur eine von zehn Institutionen, das "Legal System", ausgewählt. Es dürfte ohne weiteres einleuchten, daß es überaus ermüdend und wenig lohnend wäre, für zehn Institutionen in elf Ländern insgesamt 110 multiple Regressionen zu dokumentieren. Andererseits wäre es sinnlos, die zehn Institutionen zu einem Index "des" Institutionenvertrauens zu aggregieren. Denn was uns interessiert, ist der höchst differenzierte Einfluß höherer Bildung (wenn er denn bei multivariater Interaktion erhalten bleiben sollte) auf die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats. Die Auswahl des "Legal System" erscheint daher besonders angemessen.

Als zentraler Indikator wichtig ist hier (im Rahmen der durchgeführten Regressionsanalysen) nur die Veränderung des Einflusses des "Prädiktors" höhere Bildung, wenn man den simultanen Einfluß aller übrigen Variablen interaktiv einbezieht. Deshalb werden nicht die gesamten Regressionsanalysen, sondern nur der "Prädiktors" höhere Bildung dokumentiert: wird sie stärker oder schwächer oder verschwindet sie vielleicht sogar ganz, wenn man auf ihre Wechselwirkung mit all den übrigen für Institutionenvertrauen wichtigen Variablen kontrolliert? Die Ergebnisse dieser multivariaten Prüfung sind zur Vereinfachung der Interpretation grafisch in Schaubild 1 dargestellt.<sup>13</sup>

**Schaubild 1**  
**Bildung und Vertrauen in "Legal System"**  
 bivariate und multivariate Koeffizienten



Der fette schwarze Balken gibt für jedes einzelne Land noch einmal den bivariaten Koeffizienten des Zusammenhangs zwischen höherer Bildung und dem Grad des Vertrauens in das "Legal System" an (diesmal allerdings für alle Befragten und nicht nur - wie oben in Tabelle 1 - für die Bevölkerung unter 35).

Der schraffierte Balken fügt zum Effekt von höherer Bildung Alter als Kontrollvariable hinzu (wie durch die Primärerheber zusammengefaßt in 6 Altersgruppen). Mit dieser Prozedur sollte ausgeschlossen werden, daß Bildung einen verdeckten Generationeneffekt als falsches Signal anzeigt. Ist die Jugend doch heute formal höher gebildet als frühere Generationen. Ein Blick auf Schaubild 1 lehrt allerdings, daß die Wirkung von Bildung - allerdings nur in jener Ländergruppe traditioneller Demokratien - stärker wird, wenn man auch Alter in die Regressionsgleichung aufnimmt. Somit ist Bildung und nicht das Alter der Befragten die wichtigere Ursache für höheres Vertrauen in das "Legal System".

Der dritte, weiße Balken symbolisiert den Effekt von Bildung auf Vertrauen in das Rechtssystem, wenn auch alle übrigen, von den Primärerhebern namhaft gemachten Variablen, die zu prinzipiell niedrigerem Vertrauen in etablierte Institutionen führen, mit in die Regressionsgleichung aufgenommen worden sind. (Es handelt sich neben der Jugendlichkeit der Befragten um ihre Links-Rechts-Selbsteinstufung und den Grad ihres geringeren oder größeren Nationalstolzes. Überdies wurde aufgrund unserer eigenen Überlegungen auch die Häufigkeit des Kirchgangs in die Regressionsgleichung aufgenommen.)

Gewiß sind (hier nicht dokumentierte) "Prädiktoren" von Vertrauen in das "Legal System" - wie etwa Stolz auf die eigene Nation - immer noch größer als höhere Bildung. Aber in unerwartet deutlicher Bestätigung der theoretischen Erwartungen zeigte sich doch: der positive Effekt von höherer Bildung wurde bei simultaner Kontrolle aller übrigen für Institutionenvertrauen bedeutsamen Variablen nur in zwei der elf Länder schwächer, in den übrigen Ländern blieb er aber zumindest konstant oder stieg sogar (häufiger noch) an. Damit stellt Bildung nicht einen Nebeneffekt anderer Einflüsse, sondern einen kausalen primären Effekt dar.

Auch bestätigte sich - nicht überraschend, aber dennoch beruhigend - jene dank der bivariaten Tabelle 1 bereits aufgedeckte Gruppierung der Länder in "alteingesessene Demokratien", die den theoretischen Effekt von Bildung besitzen,

und in "verspätete Demokratien". Nur in ersteren, nicht aber in letzteren wurde der Prädiktor Bildung in der multivariaten Interaktion immer positiver. (Selbst in jener Gruppe "verspäteter Demokratien" wurde der negative bivariate Zusammenhang bei multivariater Prüfung schrittweise weniger negativ.) Damit ist das oben in Tabelle 1 vorgelegte bivariate Ergebnis in all seinen Schlußfolgerungen auch durch die statistisch etwas anspruchsvollere multivariate Prüfung voll bestätigt worden. Daß die Koeffizienten insgesamt nur sehr schwach ausgeprägt sind, ändert nichts an der Signifikanz der Analyse. Denn sie will nicht die "Totalität" erklären, sondern ist auch mit der Aufdeckung nur schwacher Zusammenhänge zufrieden, sofern sie den *'conventional wisdom'* in theoretisch sinnvoller Weise differenzieren können.

### **5. Abschließende multivariate Prüfung: Faktorenanalyse der "Vertrauens-Frage"**

Um vollends überzeugend zu sein, müßte die vermutete Trennung der Institutionen in eine Gruppe der religiös-rituellen "Ordnungsmacht" auf der einen Seite und in eine Gruppe der rechtsstaatlichen "Civil Society" auf der anderen nicht nur in einem Indizienbeweis der Auswirkung von höherer Bildung sichtbar sein. Sie sollte sich auf subtile Weise auch in der Antworttendenz der Befragten selbst während der Interviews niedergeschlagen haben. Haben die Befragten also bei der Beantwortung jener recht einfachen Frage nach ihrem hohen oder niedrigen Vertrauen in jede einzelne der zehn Institutionen feine Unterschiede gemacht oder nicht? Oder haben sie, was eher zu befürchten ist, in einer mechanischen Tendenz von der ersten bis zur letzten Institution alles annähernd nach dem gleichen Schema angekreuzt?

Eine geeignete Methodik zur Prüfung dieser Frage bietet das in allen Rechnerprogrammen standardmäßig zur Verfügung stehende statistische Verfahren der Faktorenanalyse. Mit solchen Faktorenanalysen, die nun abschließend noch für jedes Land getrennt durchgeführt werden, kann man aus der Ähnlichkeit (oder der Kovarianz) des individuell vercodeten Vertrauens der Befragten in die 10 Institutionen erschließen, ob ihr (hohes oder niedriges) Vertrauen in einige oder alle dieser 10 Institutionen systematisch angeleitet wird durch eine oder mehrere latente Dimensionen. Diese latenten Dimensionen (oder "Faktoren") sind zwar nicht direkt



beobachtbar. Sie können aber durch Analyse der systematischen Kovariation (oder Ähnlichkeiten) der jeweils mehr als zehntausend individuellen Antworten (10 Institutionen für etwa 1000 Befragte) in einem jeden Land unbestechlich auf ihre Existenz oder Nichtexistenz diagnostiziert werden.

In allen Ländern ergaben sich zwei hinreichend klar voneinander geschiedene Dimensionen.<sup>14</sup> Um die Darstellung nicht ungebührlich zu komplizieren, werden in Schaubild 2 die Ergebnisse dieser Analysen nur für Großbritannien und Deutschland ausgewiesen. Alle übrigen Länder finden sich alphabetisch geordnet im Appendix. Bei der Interpretation sollte man folgendes berücksichtigen. Aus beobachtbaren Variablen - hier: der Kovarianz des Vertrauens in die 10 Institutionen des International Values Survey - wird auf nicht direkt beobachtbare latente Variablen oder "Faktoren" geschlossen. Was die latenten Dimensionen tatsächlich bedeuten, geht nicht zwingend aus der statischen Analyse selbst hervor, sondern muß interpretativ aus den am höchsten "ladenden" beobachtbaren Variablen - das heißt den Koeffizienten in Schaubild 2 bzw. im Appendix - erschlossen werden.

Die Koeffizienten dieser "Faktorladungen" können von -1.00 bis +1.00 reichen. Zur Erleichterung der Interpretation finden sich alle Institutionen im Fettdruck, die nur auf einem Faktor hoch, aber so gut wie gar nicht (oder negativ) auf dem anderen Faktor "laden". Dagegen erscheinen auf beiden Faktoren ladende Institutionen im Kleindruck. Sie werden aber - zur Erleichterung der Interpretation - jeweils am Rande desjenigen Faktors aufgelistet, auf dem sie etwas höher laden. Welche latenten Dimensionen, die das Vertrauen in Institutionen strukturieren, kann man also aus den "Faktorladungen" für die 10 Institutionen in Deutschland und Großbritannien erschließen?

In Deutschland scheint die Faktorstruktur gegenüber Großbritannien nahezu spiegelbildlich ausgetauscht zu sein. In beiden Ländern bilden "Armed Forces", "Police" und "Church" - ebenso wie in den meisten Ländern im Appendix - eine eng zusammenhängende Dimension von Vertrauen.<sup>15</sup> Aber was in Deutschland der erste und bedeutendste Faktor ist, präsentiert sich in der Antworttendenz der Befragten in Großbritannien als vergleichsweise unwichtiger zweiter Faktor. Dieser Faktor kann - aufgrund der hoch auf ihm ladenden Institutionen - als etablierte Amtsautorität oder "Ordnungsmacht" interpretiert werden.



Auf dem zweiten Faktor erhalten die Gewerkschaften in den meisten Ländern - so wie auch in Schaubild 2 - die höchste Faktorladung. Daraus kann aber nicht ausschließlich auf eine Links-Rechts-Polarisierung geschlossen werden. Denn es finden sich auch die Presse mit starker und Justiz und Parlament mit etwas schwächerer Ladung in den meisten Ländern auf diesem Faktor.<sup>16</sup> In den meisten Ländern werden also Presse und Gewerkschaften um die Institutionen ergänzt, die man als Aspekte der die Exekutive in Schach haltenden "Civil Society" im weitesten Sinne interpretieren kann. Daher kann dieser mit einiger Berechtigung als intermediäre Gegengewalt der "Civil Society" interpretiert werden. Bemerkenswert ist dabei, daß das "Legal System" in Großbritannien und Deutschland nicht etwa am stärksten auf dem Faktor von "Law and Order", sondern auf diesem Faktor der "Civil Society" lädt.

Die Faktorladung für die Kirche kann übrigens als Validierung der bivariaten Analysen oben in Abschnitt 2 herangezogen werden. Obwohl die Kirche auf der starren Liste der "Vertrauens-Frage", die den Befragten vorgelegt wurde, an erster Stelle stand, erscheint sie in den Faktorladungen nur sehr selten an der Spitze. Auch sind die zehn Institutionen auf den beiden Faktoren keineswegs etwa einzig und allein nach dem Gesichtspunkt pro-Kirche oder anti-Kirche polarisiert. Diese multivariaten Beobachtungen machen es wahrscheinlich, daß es sich bei dem bivariaten Zusammenhang zwischen Kirchgangshäufigkeit und höherem Vertrauen in die meisten Institutionen um ein Faktum und nicht etwa nur um ein Artefakt der herausgehobenen Position der Kirche in der Surveyfrage handelt.

4 der 11 Länder Westeuropas, die durch die Internationale Wertestudie untersucht wurden, entsprechen in etwa dem britischen Muster. In diesen Ländern (Belgien, Dänemark, Norwegen und Schweden) bilden die Institutionen der "Civil Society" den wichtigsten ersten Faktor. 6 der 11 Länder entsprechen eher dem Muster, dem auch die Bundesrepublik Deutschland zugehört. In ihnen wird Vertrauen in Institutionen stärker durch die zugrundeliegende Dimension von Amtsautorität mit kirchlicher Weihe geprägt. Einzig Frankreich bildet ein Muster für sich.<sup>17</sup> Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien repräsentieren also unter den latenten Mustern des Institutionenvertrauens, die durch die Faktorenanalysen aufgedeckt worden sind, zwei gegensätzliche Typen.

Für Leser, die sich nicht allein auf die abstrakte Modellwelt der Koeffizienten verlassen wollen, liegt es nahe, die Frage zu stellen, ob diese Gruppierung der Länder

(nach dem relativen Gewicht des ersten Faktors) in irgendeiner Weise mit jener (eher spekulativen) obigen Zuordnung von "alteingesessenen" und "verspäteten" Demokratien korrespondiert. Ein sehr einfaches Experiment erbringt ein erstaunliches Ergebnis. Wir klassifizieren die Länder zum einen nach der Frage: bildet in ihnen die Dimension, welche wir als "Civil Society" interpretiert haben, den bedeutenderen ersten oder den geringeren zweiten Faktor? Zum anderen gruppieren wir die Länder nach der Frage, deren Beantwortung bereits aus Tabelle 1 bzw. aus Schaubild 1 vorliegt: hat höhere Bildung einen positiven Effekt oder nicht auf die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats ("Civil") bzw. auf das "Legal System"?

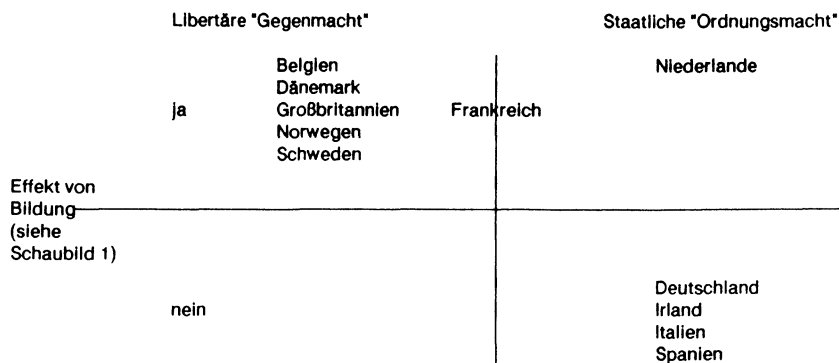
Listet man diese beiden Dichotomisierungen in einer einfachen Kreuztabulation (so wie in Schaubild 3) auf, dann ergibt sich eine nahezu "perfekte" Entsprechung für 9 der 11 Länder: diese Länder, in welchen die höher Gebildeten bei (leichtem) Mißtrauen gegenüber den Institutionen etablierter "Ordnungsmacht" ein (etwas) höheres Vertrauen in die institutionellen Garanten des demokratischen Rechtsstaats besitzen, sind (mit nur einer Ausnahme - den Niederlanden - und unter Ausklammerung Frankreichs<sup>18</sup>) auch diejenigen Länder, in welchen in der subtilen Antworttendenz aller Befragten die latente Dimension der "Civil Society" den gewichtigeren ersten Faktor bildet.

Aus den Daten läßt sich zwar nicht eindeutig begründen, warum diese Entsprechung, die immerhin auf multivariaten Analysetechniken beruht, so gut ist wie sie ist. Allerdings zeigt die unerwartete Koinzidenz: dort, wo unsere theoretischen Erwartungen Rauch vermuteten, muß tatsächlich auch Feuer sein. Hier kann und soll nicht weiter erörtert werden, warum die Niederlande, wenn denn die Gründe dafür überhaupt aus diesem Datensatz ermittelt werden könnten, sich als einziges Land der hier sichtbar gewordenen Tendenz entziehen.

Allerdings wäre zu überlegen, ob mit den Faktorenanalysen der "Vertrauens-Frage" in die 10 Institutionen des International Values Survey nicht ein empirischer Indikator gefunden worden ist für ein aus der zeithistorischen Literatur behauptetes Phänomen, nämlich für die Einteilung der Länder Westeuropas nach "Staatskulturen" und nach (überwiegend) "nicht-staatlich" denkenden Gesellschaften der "libertären Tradition" (Dyson 1980a, 1980b; Rohe 1984). So könnten die im Appendix dokumentierten Resultate der Faktorenanalysen als quantitativer Indikator einer qualitativen (historischen) These zu (nachwirkenden) Unterschieden zwischen politischen Kulturen in unserer Gegenwart dienen.

Schaubild 3  
Zusammenfassende Klassifikation von Ländern

Der gewichtigere Faktor 1 (siehe Appendix) bedeutet:



## 6. Zusammenfassung und Diskussion

“Senkt Bildung das Vertrauen in Institutionen?” - so überschrieb der “Deutsche Forschungsdienst” (ein in Zusammenarbeit mit der Max-Planck-Gesellschaft, der Alexander von Humboldt-Stiftung und einigen anderen Forschungsorganisationen herausgegebener Informationsdienst) einen Bericht über meine von der Zeitschrift für Soziologie veröffentlichte Neuauswertung der “Vertrauens-Frage” des “International Values Survey” (Degen 1990). Meine These, daß Gebildete in der Tat (wenn auch nur schwach ausgeprägt) gegenüber den Institutionen etablierter Autorität (Kirche, Armee und Polizei) eher weniger Vertrauen zeigen, wurde auch durch die hier vorgelegte multivariate Prüfung für sämtliche Länder erhärtet.

Allerdings bestätigte sich die komplementäre These, daß Gebildete - vermutlich aufgrund rationaler Skepsis - trotz generell niedrigen Vertrauens den Institutionen demokratischer Kritik und Kontrolle (Presse, Justiz und Parlament) ein höheres Vertrauen entgegenbrachten als Personen mit nur elementarer Schulbildung, nur für eine Gruppe von Ländern: es handelt sich - nicht überraschend, aber recht eindeutig - um die traditionsreichen demokratischen Systeme. Das recht unbestechliche Verfahren der Faktorenanalyse erbrachte in einer unabhängigen Bestätigung den Befund, daß nur in jener Ländergruppe, in welcher höhere Bildung den theoretisch erwarteten Effekt auf Institutionenvertrauen besaß, der größte Anteil von Varianz bezüglich des Vertrauens in die 10 Institutionen durch die libertäre Dimension der “Civil Society” oder “rechtsstaatlichen Gegenmacht” gebunden wurde.

Freilich deckten alle Analysen, was die (geringe) Stärke der bivariaten und multivariaten Koeffizienten betrifft, immer nur mäßig starke, wenn auch signifikante Zusammenhänge auf. So kann die hier vorgetragene ‘*dissenting opinion*’ nicht mehr als nur einen sehr kleinen Teil der Varianz von Vertrauen in Institutionen erklären. Es soll und kann auch nicht bestritten werden, daß in längsschnittlichen Daten über die letzten Jahrzehnte hinweg der Rückgang des Vertrauens in etablierte politische und soziale Institutionen eine “dramatische Aktualität” (Klages 1990:43) erreicht hat. Skandale, befremdliche Moral und Randalie haben dazu beigetragen. Doch steht hinter dem immer wieder beobachteten niedrigen Vertrauen in Institutionen besonders bei drei Gruppen, deren Merkmale oft in Kombination miteinander auftreten, nämlich bei Jugendlichen, höher Gebildeten und etwas weiter links Stehenden nicht - oder nicht nur - eine galoppierende Auszehrung von Autorität.

Die instrumentelle utilitaristische Denkweise eines wertgeprägten Skeptizismus scheint in den Köpfen und Herzen der Bevölkerung in einigen Demokratien Westeuropas weiter verbreitet zu sein als die politische Theorie (insbesondere in Deutschland) im Banne idealistischer Theoreme anzunehmen geneigt ist. Die Maxime jenes: "You entrust government to those you distrust" ist offensichtlich nicht nur in der angelsächsischen politischen Kultur beheimatet. Sie ist in Europa, wenn auch nicht in Deutschland, so doch in Belgien, Dänemark, Norwegen und Schweden, im subtilen Verständnis jener einfachen "Vertrauens-Frage" während der Interviews des "International Values Survey" durchaus präsent gewesen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Die Frage lautet: "Please look at this card and tell me, for each item listed, how much confidence you have in them (...)": auf einer vom Interviewer überreichten Liste, die hier nach dem englischen Codebuch zitiert wird, wurden 10 Institutionen in der folgenden (starrten) Reihenfolge genannt: "The Church, The armed forces, The education system; The legal system, The press, The Trade unions, The police, Parliament, Civil service, Major companies." Die geschlossene Frage gab den Befragten keine ausweichende "weiß nicht"-Kategorie vor, sondern forderte sie auf, zu jeder einzelnen Institution in den Kategorien "sehr viel", "ziemlich viel", "wenig" und "überhaupt kein" Vertrauen Stellung zu beziehen. Daß der Prozentsatz der "don't know" und "missing data" trotzdem nur in 3 von 9 Ländern (Belgien, Spanien und Frankreich) zwischen 5 und 15 Prozent der Befragten, in allen übrigen Ländern aber weit darunter liegt, ist ein Indiz dafür, daß die Frage in den meisten Nationen verstanden, akzeptiert und beantwortet wurde.

<sup>2</sup> Die deutschen Primärerheber der Internationalen Wertestudie warnen vor der "Dominanz eines technischen Weltbildes (...), das die soziale Praxis, die gesellschaftlichen Institutionen nur noch instrumentell, nicht mehr jedoch in ihrer sittlichen Qualität erfaßt" (Noelle-Neumann/Koecher 1987: 284 f.). In diesem Sinne faßt Renate Kocher das manifest niedrige Vertrauen "links" stehender Jugendlicher in Institutionen als ein Alarmsignal auf. Sie sorgt sich um das "Schicksal der Institutionen", in deren Bewertung sich "junge Befürworter und Gegner einer Stützung von Autorität (...) eklatant" unterscheiden (ebd.: 296).

<sup>3</sup> In seiner von der hochkirchlichen Tory Party posthum herausgestellten Schrift "Patriarchia or the Divine Right of Kings" pries Sir Robert Filmer, der Apologet des Gottesgnadentums, vertrauensvolle Hingabe der Untertanen an den Herrscher als den Stellvertreter Christi auf Erden als höchste Bürgertugend. Im idealistischen Verständnis der Institution als sittlicher Idee

schwingt meines Erachtens bis heute ein Element von säkularisierter "politischer Theologie" (Carl Schmitt 1922) mit.

<sup>4</sup> Obwohl die Kirche auf der starren Liste der "Vertrauens-Frage", die den Befragten vorgelegt wurde, an erster Stelle stand, erscheint sie in den Faktorladungen (siehe unten Abschnitt 5 und den Appendix) nur sehr selten an der Spitze. Auch sind die zehn Institutionen auf den beiden Faktoren keineswegs etwa einzig und allein nach dem Gesichtspunkt pro-Kirche oder anti-Kirche polarisiert.

<sup>5</sup> Schröder 1987: 33: "Der 'Enthusiasmus', worunter man zunächst religiösen Fanatismus, dann aber auch Extremismus jeglicher Art verstand, hatte sich im 17. Jahrhundert ausgebrannt und war verpönt."

<sup>6</sup> Die bivariaten Koeffizienten tau-b des Zusammenhangs zwischen Kirchgang und Vertrauen in die zehn Institutionen lauten für Norwegen: The church .42, The armed forces .12, The education system .03\*, The legal system .05, The press -.04, Trade unions

-.08, The police .11, Parliament .10, Civil service .07, Major companies n.s. Für Schweden lauten sie: The church .42, The armed forces .19, The education system -.02\*, The police .17, Parliament .17, Civil service .16, Major companies .09. (\* = signifikant bei 0.05, sonst bei 0.01, n. s. = nicht signifikant.)

<sup>7</sup> Wer Spaß an solchen Experimenten hat, mag an den Randverteilungen "des" durchschnittlichen Vertrauens in alle 10 Institutionen pro Nation interessiert sein. Dieser nationale Mittelwert der 10 Institutionen (mit Umcodierung von 1= "gar kein Vertrauen" bis 4= "sehr viel Vertrauen") lautet für: B 2.46, D 2.45, DK 2.53, E 2.48, F 2.44, GB 2.61, I 2.32, IRL 2.76, N 2.75, NL 2.46, S 2.52. Der Prozentsatz der Befragten, der häufig zur Kirche geht (Zusammenfassung von "more than once a week", "once a week" und "once a month") lautet in diesem Survey für: B 38 %, D 34 %, DK 11 %, E 53 %, F 17 %, GB 23 %, I 48 %, IRL 88 %, N 14 %, NL 40 %, S 14 %.

<sup>8</sup> Der Effekt zeigte sich sonst nur noch in Spanien und (mit unzureichenden Fallzahlen) in Frankreich.

<sup>9</sup> Eine Crux international vergleichender Surveyforschung ist die nicht völlig äquivalente Übersetzung und Perzeption von Fragen in unterschiedlichen Kulturen. In der Internationalen Wertestudie ist man diesem Problem durch das Zwei-Schritt-Verfahren von Übersetzung und Rückübersetzung durch verschiedene Personen (Noelle-Neumann/Kocher 1987: 72) begegnet. Bei der Justiz finden sich allerdings trotzdem leicht unterschiedliche Konnotationen: "The legal system" in Großbritannien, "Die Gesetze" in der Bundesrepublik Deutschland und "La Justice" in Frankreich.

<sup>10</sup> Ein Vergleich nationaler Bildungssysteme ist sehr schwierig (und im vorliegenden Survey auch gar nicht möglich), denn es wurde nicht gezielt nach der Art der besuchten Schulen und Universitäten, sondern nur nach der Länge der Schul- und Universitätszeit gefragt. Daher benutzt man, wie in der Surveyforschung durchaus gebräuchlich, als Annäherungswert für den Grad formaler Bildung nur Angaben über die Länge der Schul- und Universitätszeit: "At what age did you (will you) complete your full-time education?" Natürlich ist dieser Indikator unvollkommen, weil er nur die Länge, nicht aber auch die Qualität der Ausbildung erfaßt - und dies auch noch aus der Erinnerung der Befragten. (So hatte bereits Hamilton 1972: 213 vor den Fallstricken



der - in Ermangelung besserer Indikatoren oft unvermeidlichen - Zählung von Schul- und Universitätsjahren gewarnt, die zu der Annahme führe, "that one year of education at Prairie State is equal to one year at Princeton".) Da hier aber nur allgemeine Trendaussagen analysiert werden sollen, stellt dieser Indikator gleichwohl einen akzeptablen und durchaus gebräuchlichen Annäherungswert dar.

<sup>11</sup> Auf den ermüdenden Neuabdruck der bivariaten Koeffizienten (Döring 1990: 82, Anm. 10) wird hier verzichtet. Die in der Zeitschrift für Soziologie für Norwegen und Schweden (wegen Nichtverfügbarkeit des erweiterten Datensatzes) noch nicht ausgewiesenen Zusammenhänge zwischen höherer Bildung und Vertrauen in die zehn Institutionen bei Personen unter 35 mögen hier in der zusammenfassenden Präsentation von Tabelle I (im Text) akzeptiert werden.

<sup>12</sup> Reif 1984: 144 f. beobachtete, daß die wenigen Länder Europas, in denen sich auf dem Index der Fraktionierung der Parteiensysteme nach 1945 gegenläufig zur allgemeinen Fragmentierung eine Konzentrationstendenz ergab (Wolinetz 1979: 10-13, Figure 1), in ihrer Entwicklung unterbrochene Verfassungsstaaten oder späte Staatsgründungen waren.

<sup>13</sup> Es durfte ohne weiteres einleuchten, daß es überaus ermüdend und wenig lohnend wäre, für zehn Institutionen in elf Ländern insgesamt 110 multiple Regressionen zu dokumentieren. Andererseits wäre es sinnlos, die zehn Institutionen zu einem Index "des" Institutionenvertrauens zu aggregieren. Denn was uns interessiert, ist der höchst differenzierte Einfluß höherer Bildung (wenn er denn bei multivariater Interaktion erhalten bleiben sollte) auf die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats. Die Auswahl des "Legal System" als abhängige Variable erscheint daher als besonders angemessen.

<sup>14</sup> Benutzt wurde das Verfahren der Hauptkomponentenanalyse mit obliquer Rotation. Gewiß ist die durch den Koeffizienten der "factor correlation" angezeigte Überschneidung zwischen den beiden Faktoren nicht gerade niedrig, wenn auch nicht bedrohlich hoch. Gewiß ist das Ausmaß des durch die beiden latenten Dimensionen erklärten Institutionenvertrauens, die sogenannte "variance", mit 40 bis 60 % nicht gerade überwältigend groß. Aber bei der einfachen Struktur einer solchen starren Surveyfrage erscheint es schon als durchaus bemerkenswert und als eine Bestätigung der vorstehenden Analysen, daß in der subtilen Perception der Befragten in der Interviewsituation überhaupt zwei unterscheidbare Dimensionen von Institutionenvertrauen präsent waren.

<sup>15</sup> Allerdings ist in Dänemark und in Schweden die Polizei nicht so homogen und konsistent wie in den meisten übrigen Ländern, sondern nur in schwächerer "Ladung" mit den beiden anderen Mächten der etablierten Autorität verknüpft. In Belgien ist die Polizei sogar - abweichend von allen übrigen Ländern Westeuropas - in der Antworttendenz der belgischen Bürgerinnen und Bürger der Sphäre der "Civil Society" zugeordnet.

<sup>16</sup> Allerdings ist in einigen Ländern die Justiz stärker der "hoheitlichen" Dimension der etablierten Gewalten und nicht der "Civil Society" zugeordnet. In Norwegen laden - als Ausnahme - sowohl die Justiz als auch das Parlament auf dem Faktor "Ordnungsmacht". Doch bildet auch in Norwegen das "libertäre" Institutionenverständnis den wichtigeren ersten Faktor.

<sup>17</sup> In zweierlei Hinsicht hat Frankreich eine andere Faktorstruktur als alle übrigen Länder. In Frankreich lädt zum einen neben Gewerkschaften und Presse überhaupt keine andere Insti-

tution mehr in nennenswerter Weise auf dem Faktor "Gegenmacht". Überdies bildet dieser Faktor zum anderen (anders als in Norwegen, wo immerhin noch "Civil Service" und das "Education system" hinzutreten) die schwächere zweite und nicht wie in Norwegen die wichtige erste Dimension.

<sup>18</sup> Frankreich muß aus dieser zusammenfassenden Klassifikation wegen seiner vom übrigen Europa abweichenden Faktorstruktur (s. Anm. 17) ausgeklammert bleiben. Eine Abweichung von allen übrigen Ländern zeigt sich im übrigen auch beim Indikator Bildung: in Frankreich hat Bildung bivariat einen negativen, multivariat aber einen recht positiven Effekt auf Vertrauen in das "legal system" (siehe Schaubild 1). In den übrigen Ländern wird dagegen ein negativer Effekt nur etwas schwächer negativ und ein positiver Effekt konsistent stärker positiv. Eine nähere Untersuchung der Determinanten des Institutionenvertrauens in Frankreich soll in diesem Beitrag, der dem besonderen Profil Deutschlands und Großbritanniens im Rahmen Europas gewidmet ist, nicht begonnen werden.

Appendix

**Belgium**

Factor 1      Factor 2

|                         |      |                                |
|-------------------------|------|--------------------------------|
| <b>Legal System</b>     | .74  | -.01                           |
| <b>Parliament</b>       | .74  | .03                            |
| <b>Civil service</b>    | .73  | .05                            |
| <b>Police</b>           | .69  | .12                            |
| <b>Trade unions</b>     | .64  | -.16                           |
| <b>Press</b>            | .64  | -.07                           |
| <b>Major companies</b>  | .52  | .10                            |
| <b>Education system</b> | .51  | .17                            |
|                         | -.06 | <b>.89</b> <b>Church</b>       |
|                         | .22  | <b>.65</b> <b>Armed forces</b> |

|                   |      |     |
|-------------------|------|-----|
| <b>Eigenvalue</b> | 4.07 | .98 |
| <b>Variance</b>   | 40.7 | 9.8 |

Factor correlation    .37

**Britain**

Factor 1      Factor 2

|                         |     |                                |
|-------------------------|-----|--------------------------------|
| <b>Trade unions</b>     | .74 | -.43                           |
| <b>Press</b>            | .62 | .01                            |
| <b>Education system</b> | .59 | .02                            |
| <b>Legal system</b>     | .55 | .28                            |
| <b>Civil service</b>    | .54 | .24                            |
| <b>Major companies</b>  | .48 | .19                            |
| <b>Parliament</b>       | .44 | .30                            |
|                         | .03 | <b>.72</b> <b>Armed forces</b> |
|                         | .09 | <b>.68</b> <b>Police</b>       |
|                         | .03 | <b>.60</b> <b>Church</b>       |

|                   |      |      |
|-------------------|------|------|
| <b>Eigenvalue</b> | 3.14 | 1.20 |
| <b>Variance</b>   | 31.5 | 12.0 |

Factor correlation    .29

*Vertrauen in Institutionen*

## Denmark

|                  | Factor 1 | Factor 2 |
|------------------|----------|----------|
| Civil service    | .75      | .05      |
| Trade unions     | .74      | -.34     |
| Parliament       | .73      | -.01     |
| Education system | .56      | .02      |
| Press            | .49      | .09      |
| Major companies  | .45      | .27      |
| Legal system     | .43      | .35      |
|                  | -.04     | .76      |
|                  | -.04     | .75      |
|                  | .30      | .55      |

|            |      |      |
|------------|------|------|
| Eigenvalue | 3.27 | 1.36 |
| Variance   | 32.8 | 13.6 |

Factor correlation .27

## Germany

|                 | Factor 1 | Factor 2 |
|-----------------|----------|----------|
| Armed forces    | .74      | -.02     |
| Church          | .74      | -.15     |
| Police          | .64      | .18      |
| Major companies | .53      | .00      |
| Civil service   | .48      | .37      |
|                 | -.33     | .86      |
|                 | .10      | .56      |
|                 | .35      | .54      |
|                 | .36      | .52      |
|                 | .34      | .39      |

|            |      |      |
|------------|------|------|
| Eigenvalue | 3.67 | 1.18 |
| Variance   | 36.7 | 11.8 |

Factor correlation .33



## Italy

|                  | Factor 1           | Factor 2      |
|------------------|--------------------|---------------|
| Armed forces     | .86                | -.16          |
| Church           | .80                | -.19          |
| Police           | .73                | .07           |
| Legal system     | .55                | .28           |
| Education system | .42                | .31           |
| Major companies  | .40                | .27           |
|                  | -.18               | .82           |
|                  | -.04               | .77           |
|                  | .32                | .59           |
|                  | .37                | .52           |
|                  |                    | Trade unions  |
|                  |                    | Press         |
|                  |                    | Parliament    |
|                  |                    | Civil service |
| Eigenvalue       | 3.90               | 1.44          |
| Variance         | 39.1               | 14.4          |
|                  | Factor correlation | .32           |

## Netherlands

|                 | Factor 1           | Factor 2         |
|-----------------|--------------------|------------------|
| Armed Forces    | .80                | -.19             |
| Church          | .66                | -.16             |
| Major companies | .64                | .04              |
| Police          | .64                | .11              |
| Parliament      | .57                | .23              |
| Civil service   | .49                | .32              |
|                 | -.12               | .74              |
|                 | -.02               | .71              |
|                 | .26                | .43              |
|                 | .39                | .43              |
|                 |                    | Trade unions     |
|                 |                    | Education system |
|                 |                    | Legal system     |
| Eigenvalue      | 3.37               | 1.20             |
| Variance        | 33.8               | 12.0             |
|                 | Factor correlation | .30              |



## Sweden

|                           | Factor 1    | Factor 2    |                     |
|---------------------------|-------------|-------------|---------------------|
| <b>Trade unions</b>       | <b>.78</b>  | <b>-.18</b> |                     |
| <b>Civil service</b>      | <b>.62</b>  | <b>.29</b>  |                     |
| <b>Press</b>              | <b>.61</b>  | <b>-.06</b> |                     |
| <b>Parliament</b>         | <b>.57</b>  | <b>.31</b>  |                     |
| <b>Education system</b>   | <b>.54</b>  | <b>.07</b>  |                     |
|                           | <b>-.15</b> | <b>.81</b>  | <b>Armed forces</b> |
|                           | <b>-.11</b> | <b>.75</b>  | <b>Church</b>       |
|                           | <b>.28</b>  | <b>.51</b>  | Police              |
|                           | <b>.29</b>  | <b>.49</b>  | Legal system        |
|                           | <b>.17</b>  | <b>.39</b>  | Major companies     |
| <b>Eigenvalue</b>         | <b>3.47</b> | <b>1.18</b> |                     |
| <b>Variance</b>           | <b>34.8</b> | <b>11.8</b> |                     |
| <b>Factor correlation</b> | <b>.35</b>  |             |                     |



## Literatur

- BARRY, B., 1970: Sociologists, Economists, and Democracy, London: Collier-Macmillan.
- DEGEN, R., 1990: Senkt Bildung das Vertrauen in Institutionen?, in: Deutscher Forschungsdienst. Berichte aus der Wissenschaft 10. Juli 1990, S. 6-8.
- DOGAN, M. (Hrsg.), 1988: Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy, Boulder, Colorado: Westview.
- DÖRING, H., 1990: Aspekte des Vertrauens in Institutionen: Westeuropa im Querschnitt der internationalen Wertestudie 1981, in: Zeitschrift für Soziologie 19, S.73-89.
- DYSON, K. F., 1980a: The State Tradition in Western Europe, Oxford.
- Dyson, K. F., 1980b: Die Ideen des Staates und der Demokratie, in: Der Staat, 19, S.485-515.
- FLOHR, H., 1990: Die Bedeutung biokultureller Ansätze für die Institutionentheorie, in: Göhler, G./ Lenk, K./ Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.), Die Rationalität politischer Institutionen, Baden-Baden: Nomos, S. 21-57.
- HAMILTON, R. F., 1972: Class and Politics in the United States, New York: Wiley.
- HARDING, S./PHILLIPS, D./FOGARTY, M., 1986: Contrasting Values in Western Europe. Unity, Diversity and Change, London.
- KAASE, M., 1985: Zur Legitimität des politischen Systems in den westlichen Demokratien. S 463-494 in: RANZELZHOFFER, A. und SÜß, W., (Hrsg.), Konsens und Konflikt. 35 Jahre Grundgesetz, Berlin.
- KAASE, M., 1988: Political Alienation and Protest. S.114-141 in: Dogan, M. (Hrsg.), Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy, Boulder, Colorado: Westview.
- KLAGES, H., 1990: Vertrauen und Vertrauensverlust in westlichen Demokratien, in: HAUNGS, P. (Hrsg.), Politik ohne Vertrauen? Baden-Baden: Nomos, S. 43-60.
- LJPHART, A., 1984: Democracies, Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-one Countries, New Haven: Yale UP.

- LINZ, J., 1988: Legitimacy of Democracy and the Socioeconomic System. S. 65-113 in: Dogan, M. (Hrsg.), *Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy*, Boulder, Colorado: Westview.
- LIPSET, S. M./ SCHNEIDER, W., 1983 (revised edition 1987): *The Confidence Gap. Business, Labor and Government in the Public Mind*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- MERKL, P. H., 1988: Comparing Legitimacy and Values Among Advanced Democratic Countries. S. 19-63 in: Dogan, M. (Hrsg.), *Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy*, Boulder, Colorado: Westview.
- NOELLE-NEUMANN, E./ KÖCHER, R., 1987: *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- PARRY, G., 1976: Trust, Distrust and Consensus, in: *British Journal of Political Science*, 6, S. 129-142.
- REHBERG, K.-S., 1990: Eine Grundlagentheorie der Institutionen: Arnold Gehlen, in: Göhler, G./ Lenk, K./ Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.), *Die Rationalität politischer Institutionen*, Baden-Baden: Nomos, S. 115-144.
- REIF, K., 1984: Konsolidierungszeitpunkt, Polarisierung, Bipolarität. Einige Anmerkungen zu Rokkan, Sartori und dem Wandel europäischer Parteiensysteme, in: FALTER, J. et al., (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 142-152.
- ROHE, K., 1984: Großbritannien: Krise einer Zivilkultur?, in: P. Reichel (Hrsg.), *Politische Kultur in Westeuropa*, Frankfurt/ New York: Campus 1984.
- ROSE, R., 1985: National Pride in Cross-national Perspective, in: *International Social Science Journal*, 37, S. 85-96.
- SARETZKI, Th., 1990: Biopolitics - ein erklärungskräftiger Ansatz zur Erklärung politischer Institutionen?, in: Göhler, G./ Lenk, K./ Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.), *Die Rationalität politischer Institutionen*, Baden-Baden: Nomos, S. 21-57.
- SCHMITT, C., 1922: *Politische Theologie. Vier Kapitel von der Lehre der Souveränität*, München/Leipzig.

- SCHRÖDER, H.-C., 1987: Englands Krise im 17. Jahrhundert und ihre Überwindung, in: K. ROHE/G. SCHMIDT (Hrsg.), *Krise in Großbritannien?*, Bochum: Brockmeyer, S. 30-54.
- STOETZEL, J., 1983: *Les valeurs du temps présent: une enquête européenne*, Paris: Presses Universitaires de France.
- STOETZEL, J., 1988: Defeatism in Western Europe: Reluctance to Fight for Country. S. 168-180 in: Dogan, M. (Hrsg.), *Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy*, Boulder, Colorado: Westview.
- VEEN, H.-J., 1986: Die neue Spontaneität - Empirische Ergebnisse zur Erosion des institutionellen Bewußtseins bei Jüngeren, S. 105-123 in: OBERREUTER, H. (Hrsg.), *Wahrheit statt Mehrheit? An den Grenzen der parlamentarischen Demokratie*, München: Olzog.
- WOLINETZ, S. B., 1979: The Transformation of Western European Party Systems Revisited, in: West European Politics, 2, S.4-28.